

D2 Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der Ukraine und dessen Folgen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 26.03.2022
Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 I Einführung

2 Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg
3 in der Ukraine und stehen solidarisch an der Seite der Ukrainer*innen und aller vom Krieg
4 betroffenen Personen und Geflüchteten.

5 Wladimir Putins Krieg verändert die geo- und sicherheitspolitische Situation in Europa
6 fundamental. Darauf müssen wir in der Europäischen Union Antworten finden. Es ist richtig,
7 dass in einer „Zeitenwende“ alte Wahrheiten nicht mehr gelten. Gleichwohl ist es umgekehrt
8 nicht geboten, einfache Antworten in einer Zeit zu geben, in der viele Fragen noch offen
9 sind. Eine angemessene Antwort umfasst Sicherheit, internationale Zusammenarbeit und
10 humanitäre Hilfe, europäische Souveränität ob bei der Energie- oder der
11 Nahrungsmittelversorgung, Antworten auf die Klimakrise sowie auf die sozialen Fragen dieser
12 Zeit gleichermaßen. Ein sehr großer Teil unserer Gesellschaft ist zurecht besorgt über den
13 Krieg und dessen Auswirkungen auf unser hiesiges Leben. Wir geben diesen Ängsten Raum und
14 begegnen den sozialen Folgen des Krieges energisch.

15 Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen solidarisch an der Seite all jener in der russischen
16 Zivilgesellschaft, die unter schwersten Bedingungen deutliche Kritik am Krieg der eigenen
17 Regierung üben und unter politischer Verfolgung leiden. Wir stellen uns überdies entschieden
18 gegen die zunehmenden Übergriffe gegen russische Bürger*innen in Berlin und verurteilen die
19 anti-russischen Anfeindungen, von denen Menschen in unserer Stadt betroffen sind.

20 II Sicherheitspolitik umfassend denken

21 Wir brauchen eine gut ausgestattete Bundeswehr. Wir müssen in unsere Sicherheit investieren.
22 Die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit wird aber nicht nur durch Rüstungsgüter erreicht.
23 Vielmehr müssen wir Sicherheit breit denken, um Frieden zu gewährleisten. Dazu gehört eine
24 funktionierende Abwehr gegen Desinformationskampagnen oder Cyber-Angriffe auf kritische
25 Infrastrukturen, z.B. auf die Wasser- oder Stromversorgung. Zentrale Voraussetzung für
26 Frieden und Sicherheit sind zudem Diplomatie, feministische Klimaaußenpolitik,
27 internationale zivile Krisenprävention, sogenannte Entwicklungszusammenarbeit sowie
28 humanitäre Hilfe.

29 Daher setzen wir uns dafür ein, dass Sicherheitspolitik umfassend verstanden wird und sich
30 dies auch bei der Verausgabung des geplanten Sondervermögens über 100 Milliarden Euro sowie
31 im Haushalt des Bundes widerspiegelt. Im Fokus der haushaltspolitischen Entscheidungen
32 müssen die tatsächlichen Bedarfe und die Angemessenheit des Vorhabens stehen. Nur wenn wir
33 in diesem Sinne in den Frieden investieren, werden wir tatsächlich mehr Sicherheit erreichen
34 können. Die Verankerung militärpolitischer Ziele im Grundgesetz lehnen wir strikt ab.
35 Zusätzliche Mittel für die Bundeswehr müssen mit klarer Zielvorgabe eingesetzt und deren
36 Einsatz parlamentarisch kontrolliert werden. Wichtig ist zudem, das in Teilen dysfunktionale
37 Beschaffungswesen zu verbessern. Zugleich braucht es endlich eine strukturelle Antwort auf
38 das zunehmend transparent werdende Rechtsextremismus-Problem der Bundeswehr.

39 Die aktuellen Erfahrungen führen uns noch einmal vor Augen, dass es einen grundlegenden
40 Reformbedarf hinsichtlich der grundgesetzlichen Schuldenregel gibt. Es ist finanzpolitisch
41 nicht nachhaltig, wenn notwendige Investitionen unterbleiben. Nicht zuletzt geht es jetzt
42 darum, den krisenresilienten Ausbau der Verkehrs- und Energiewende zu ermöglichen, die die
43 Grundlage unserer energie- und sicherheitspolitischen Unabhängigkeit sind. Aufgrund der
44 aktuellen Herausforderungen ist es nötig, dass auch bei der Kreditaufnahme alte
45 Glaubenssätze auf den Prüfstand kommen. Klar ist für uns, dass stärkere Schultern
46 solidarisch zur Finanzierung notwendiger Investitionen beitragen sollen, besonders in dieser
47 Ausnahmesituation.

48 Bündnis 90/Die Grünen Berlin bekennen sich zum Selbstverteidigungsrecht der Ukrainer*innen.
49 Die Waffenlieferungen der Bundesregierung an die Ukraine sind vor dem aktuellen Hintergrund
50 ein gebotenes, wenngleich schmerzhaftes letztes Mittel. Sie müssen ein Ausnahmefall bleiben.
51 Grundsätzlich gilt weiterhin das Exportverbot von Rüstungsgütern in Kriegs- und
52 Konfliktgebiete.

53 III Sozialer Friede in einer Zeit sich potenzierender Krisen

54 Aufgrund des Krieges sind globale Nahrungsmittelkrisen zu befürchten. Die internationale
55 Staatengemeinschaft steht in der Pflicht, humanitäre Katastrophen in Ländern wie Jemen und
56 Somalia zu verhindern und unkompliziert Hilfen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört, dem
57 UN-Welternährungsprogramm Geld zur Verfügung zu stellen, damit es auch zu höheren Preisen
58 Nahrungsmittel für die betroffenen Regionen kaufen kann. Hier kann Deutschland ein klares
59 Zeichen globaler Solidarität setzen.

60 Die wirtschaftlichen und ökonomischen Folgen des Krieges sind auch hierzulande bereits
61 deutlich zu spüren. Im Zuge des Krieges sind etwa die Energie- und Lebensmittelpreise enorm
62 gestiegen. Darum ist es wichtig für Entlastung und soziale Sicherheit zu sorgen. Dabei ist
63 es entscheidend, gerade Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen direkt zu entlasten,
64 die auf die Unterstützung besonders angewiesen sind. So bleibt unsere Gesellschaft in Zeiten
65 der Krise handlungsfähig und hält zusammen. Es ist gut, dass die Bundesregierung bereits
66 zwei Entlastungspakete auf den Weg gebracht hat, u.a. mit einem Heizkostenzuschuss für
67 Wohngeld-Empfänger*innen von 270 Euro, einem monatlichen Kinder-Sofortzuschlag für Familien
68 mit geringem Einkommen, einem Einmalbonus in Höhe von 100 Euro zum Kindergeld, einer
69 Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro für Menschen in der Grundsicherung und einer Erhöhung des
70 Mindestlohns auf 12 Euro ab 1. Oktober und einer Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro
71 als Zuschuss zum Gehalt. Ein besonderer Erfolg unserer Grünen Akteur*innen in den
72 Verhandlungen ist ein 90-Tage-Ticket für den ÖPNV, das nur 9 Euro im Monat kosten soll. Das
73 sichert Mobilität für Millionen von Pendler*innen und ist ein großer Schritt nach vorne für
74 eine bezahlbare und klimaneutrale Verkehrswende. Trotz dieser ersten richtigen Schritte:
75 auch Student*innn und Rentner*innen müssen in dieser Krise unterstützt werden. Wir müssen
76 darauf achten, dass niemand durchs soziale Netz fällt.

77 Die Folgen des Ukraine-Krieges werden uns noch über lange Zeit begleiten. Von einer
78 schnellen Entspannung bei den Preisen ist nicht auszugehen. Wir fordern daher, die rasche
79 Anpassung der Regelsätze der Grundsicherung und deren substantielle Anhebung. Wir brauchen
80 sozial ausgewogene, effektive und nachhaltige Entlastungen. Soziale Gerechtigkeit und
81 Klimaschutz dürfen hier nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen beides.

82 IV Energiewende in Land und Bund

83 Der Krieg in der Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, wie gravierend die Abhängigkeit
84 von fossilen Energieimporten aus Russland ist, in die wir in den letzten Jahrzehnten geraten
85 sind. Die Abhängigkeit Deutschlands und Berlins von Gas-, Kohle- und Ölimporten aus Russland

86 muss sowohl aus klima-, friedens- wirtschafts- als auch aus sicherheitspolitischen Gründen
87 so schnell wie möglich beendet werden. Echte Energiesouveränität und Unabhängigkeit von
88 russischen Energieträgern wird es nur mit den Erneuerbaren geben. Wir brauchen deshalb einen
89 Energiewende-Booster, um den Umstieg auf 100% Erneuerbare möglichst rasch zu schaffen.

90 Kurzfristig müssen die Bundesregierung und die Europäische Union die Zufuhr fossiler
91 Energieträger diversifizieren, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Wir begrüßen
92 daher, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck mit Hochdruck genau diese Idee der
93 Energiesouveränität u.a. durch einen massiv beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien
94 und eine Photovoltaikpflicht vorantreibt und gleichzeitig die Versorgungssicherheit durch
95 Diversifizierung, Steigerungen der Energieeffizienz und den Bau von Gasspeichern im Blick
96 behält. In der aktuellen Notlage kann dies bedeuten, dass wir fossile Energien auch aus
97 Ländern beziehen müssen, von denen wir lieber keine Energie beziehen würden, wie z.B. Katar.
98 Es kann aber keine dauerhafte Lösung sein, dass wir uns von einem autokratischen Regime ab-
99 und einem anderen zuwenden.

100 Auch in Berlin stehen wir vor der Herausforderung, die Versorgungssicherheit zu
101 gewährleisten und zugleich die Energiewende beschleunigt voranzutreiben. Noch können wir
102 nicht komplett auf Gas für die Wärmeversorgung verzichten. Wir werden aber alles tun, um Gas
103 schnellstmöglich durch klimaneutrale Wärmequellen zu ersetzen und die Gasinfrastruktur
104 umzubauen – für eine erneuerbare Wärmeversorgung in Berlin. Am Kohleausstieg noch vor 2030
105 halten wir fest.

106 Unser 10-Punkte-Plan im Wärmebereich sieht dabei kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen
107 vor, die wir nun gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern auf den Weg bringen wollen. Dafür
108 wird es aber auch zusätzliche Mittel jenseits der aktuellen Haushaltsberatungen brauchen.
109 Die rot-grün-rote Koalition hat sich darauf verständigt, dass Investitionen in die Energie-
110 und Mobilitätswende einen Schwerpunkt dieser Legislatur bilden sollen. Der Krieg in der
111 Ukraine zeigt uns drastisch, wie dringlich eine solche Schwerpunktsetzung ist.

112 1. Wir müssen mehr Erneuerbare Wärme in die Heizungskeller bringen. Dazu wollen wir ein
113 Austauschprogramm von Gasheizungen hin zu Wärmepumpen auf den Weg bringen. Zudem soll der
114 Austausch von Heizkörpern gefördert werden, um die Häuser und Wohnungen fit für Wärmepumpen
115 zu machen. Wir prüfen einen Wärmepumpenbonus für Handwerker*innen und beenden die
116 Landesförderung für Gasbrennwertthermen. Für den Neubau schöpfen wir unsere rechtlichen
117 Möglichkeiten für einen Einbaustopp von Gasthermen aus.

118 2. Wir müssen bei der Dekarbonisierung der Wärmenetze schneller vorankommen. Hierfür wollen
119 wir die Umstellung der Fernwärme auf Erneuerbare bzw. Abwärme beschleunigen und mit den
120 Betreibern der bestehenden Erdgasverteilnetze verbindliche Ausstiegspläne vereinbaren.

121 3. Berlins erneuerbare Wärmepotentiale wollen wir mit einer Wärmeplanung noch konsequenter
122 erschließen. Dazu wollen wir eine Landesförderung für regenerative Nahwärmenetze einführen.

123 4. Wir werden auch die Potentiale der Geothermie stärker nutzen. Dafür werden wir in einem
124 ersten Schritt die Datenbasis für die Nutzung von Tiefengeothermie in Berlin verbessern. Für
125 die kostspielige umfassende Erkundung suchen wir sowohl die Unterstützung des Bundes als
126 auch mögliche Kooperationen mit der Wirtschaft. Wir nehmen einen neuen Anlauf, um den
127 Zielkonflikt zwischen der Sicherung unseres Grundwassers und oberflächennaher Geothermie zu
128 lösen. Auch die Potentiale grünen Wasserstoffs müssen wir nutzen – insbesondere als
129 Speicher, für Industrie und Schwerlastverkehr. Dafür braucht es Unternehmen, die sich
130 hierfür engagieren, und deutlich mehr grünen Strom. Eine echte Offensive schaffen wir nur
131 gemeinsam mit Brandenburg.

132 5. Wir brauchen ein ambitioniertes und machbares Sanierungsprogramm für Berlins Häuser. Dazu
133 müssen wir bewährte Förderprogramme stärken. Die Ankündigung der Bundesregierung, einen
134 ordnungsrechtlichen Rahmen zu schaffen, begrüßen wir. Etwaige notwendige Lücken schließen
135 wir im Rahmen eines Erneuerbare-Wärme-Gesetzes.

136 6. Eine der dringlichsten Maßnahmen ist eine Offensive für mehr Fachkräfte in Klimaberufen.
137 Wir starten deshalb in Abstimmung mit dem Berliner Handwerk, den Kammern und Innungen, eine
138 Aus- und Fortbildungsinitiative, um mehr Menschen für Klimaschutzberufe zu begeistern.

139 7. Wir wollen Energiesparchecks für alle öffentlichen Gebäude verpflichtend durchführen und
140 schnell und einfach umzusetzende Einsparmaßnahmen auf den Weg bringen. Privathaushalte
141 wollen wir mit einer Energiesparkampagne und einer kostenlosen Erstberatung über ihre
142 Einsparpotentiale informieren und die bereits vorhandenen Angebote stärker bewerben. So ist
143 ein Großteil der Gasetagenheizungen in Berlins Mietshäusern überdimensioniert, die Anlagen
144 verbrauchen mehr Gas als zum Heizen der Wohnungen nötig ist – zum Schaden der Mieter*innen.
145 Wo die gestiegenen Energiekosten aufgrund der Einkommenssituation schwer zu verkraften sind,
146 müssen neben finanziellen Entlastungen Angebote der Energieschuldenberatung und Maßnahmen
147 zur Vermeidung von Strom- oder Gassperren greifen.

148 8. Wir prüfen, wie wir die Grundsteuer und Grunderwerbssteuer an der Energieeffizienz des
149 Gebäudes orientieren können. Je besser saniert ein Gebäude ist, desto weniger zahlt ein*e
150 Eigentümer*in, je schlechter der Sanierungszustand, desto mehr. So setzen wir klare Anreize,
151 in Energieeffizienz zu investieren.

152 9. Die Wärmewende braucht mehr grünen Strom. Das bedeutet für Berlin vor allem,
153 Photovoltaikanlagen auf Berlins Dächern. Deshalb haben wir Grüne das Ziel von 25% Solarstrom
154 2035 im Koalitionsvertrag durgesetzt. Mit dem Solargesetz Berlin, der Solarpflicht für
155 öffentliche Gebäude im EWG und dem Masterplan Solarcity haben wir bereits wichtige Weichen
156 für die notwendige Beschleunigung des PV-Ausbaus gestellt. Diesen Weg muss das Land Berlin
157 konsequent fortsetzen.

158 10. Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und unseren dort an der Regierung
159 beteiligten bündnisgrünen Parteifreund*innen intensivieren. Beide Bundesländer können
160 gemeinsam die Wärmewende schaffen, wie eine Studie des Fraunhofer-Instituts im Auftrag von
161 Bündnisses Kohleausstieg Berlin gezeigt hat. Dafür gründen wir eine gemeinsame Task Force
162 Energiewende in der Metropolregion.

163 V Klimaschutz und Mobilitätswende

164 Die Klimakrise und die zunehmend steigenden Energiepreise aufgrund des Kriegs in der Ukraine
165 zwingen uns überdies dazu, klimaschädliche Energieträger sparsamer und effizienter
166 einzusetzen. Einsparpotential gibt es im Land Berlin insbesondere auch mit Blick auf den
167 motorisierten Individualverkehr, da der Verkehrssektor nach wie vor der zweitgrößte Emittent
168 von CO₂ ist. Eines ist klar: Der Umstieg auf Elektromobilität macht den Verkehr zwar weniger
169 klimaschädlich, verbraucht dennoch Energie und kostbare Ressourcen. Die Mobilitätswende muss
170 daher mehr sein als eine bloße Antriebswende. Unser Ziel, möglichst viele Menschen davon zu
171 überzeugen vom Auto auf Bus, Bahn, Rad oder Fuß umzusteigen ist heute wichtiger und
172 drängender denn je. Zentral wird dabei sein, dass wir den ÖPNV noch attraktiver gestalten.

173 Daher werden wir eine Attraktivitäts-Offensive starten. In der letzten Periode haben wir
174 bereits die größte ÖPNV-Infrastruktur-Investitions-Phase gestartet, die es in Berlin je gab.
175 Mit neuen Linien, einem besseren Takt und einem deutlich gesteigerten Angebot wird dies
176 schon bald erste Erfolge zeigen. Nun gilt es diesen Weg zu verstärken. Wir werden daher die
177 Bahnhöfe aufwerten, für mehr Sicherheit im ÖPNV sorgen und auch Abos attraktiver machen. Um
178 diese Offensive zu finanzieren und insbesondere am Stadtrand mehr Angebote schaffen zu

179 können, führen wir eine dritte Finanzierungssäule ein. In einem ersten Schritt werden die
180 Gebühren fürs Anwohner- und fürs Kurzzeitparken erhöht. Dies allein wird jedoch nicht
181 reichen. Wir werden darüber hinaus noch weitere Einnahmequellen benötigen, wie
182 beispielsweise eine Maut, die vor allem PKWs mit hohen CO₂-Emissionen betrifft und sozial
183 gestaffelt ist. Deren Einnahmen sollen für die Vergünstigung des Verkehrs und den Ausbau des
184 ÖPNV, gerade in den Außenbezirken, verwendet werden. Um schnell fossile Energien einsparen
185 zu können, fordern wir zudem die Einführung eines autofreien Sonntags pro Monat in Berlin.
186 Wer sein Auto stehenlässt oder gar keines besitzt, soll dennoch rasch und bequem
187 vorankommen. Wir tun alles, damit das künftig auch für Pendler*innen und für Menschen gilt,
188 die am Stadtrand wohnen.

189 VI Berlin als „sicherer Hafen“ für alle Geflüchteten

190 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht aus der Ukraine. Dabei ist Berlin als
191 „Sicherer Hafen“ für viele Menschen, nicht zuletzt aus der organisierten ukrainischen
192 Zivilgesellschaft, ein Hauptziel. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Menschen in der
193 Ukraine und aller Geflüchteten aus der Ukraine. Diese Entwicklung und die anhaltend hohe
194 Zahl an Schutzsuchen, auch aus anderen Konfliktgebieten, bedeuten einen organisatorischen,
195 logistischen und humanitären Kraftakt für Senat, Bezirke und die gesamte Stadtgesellschaft.
196 Wir senden dennoch das klare Signal: Wir lassen Euch nicht allein! Das schließt explizit
197 auch alle Schwarzen Menschen, People of Color und Drittstaatler*innen und Staatenlosen ein,
198 die sich derzeit auf der Flucht vor dem Krieg befinden.

199 Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen scharf die Anwendung von „Racial Profiling“ an der
200 polnisch-deutschen Grenze durch die Bundespolizei sowie die schamlosen und rassistischen
201 Bemühungen, zwischen „guten“ und „schlechten“ Geflüchteten zu unterscheiden. Der Krieg in
202 der Ukraine trifft alle dort lebenden Menschen, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft. Für
203 uns steht fest: Die Bundesregierung muss allen Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine
204 flüchten, den gleichen Schutz und die gleichen Aufenthaltsrechte bieten. Wir benötigen eine
205 funktionierende Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel auf die anderen Bundesländer.
206 Besonders vulnerable Geflüchtete wie LSBTIQ* und BIPoC sollen aber nicht gegen ihren Willen
207 durch das EASY-System nach Königsteiner Schlüssel an Orte ohne unterstützende Strukturen
208 verbracht werden, sondern dauerhaft in Berlin bleiben können. Für diejenigen, die in Berlin
209 bleiben, gilt es nun schnell und unbürokratisch die Registrierung zu ermöglichen, die
210 Gesundheitsversorgung sicherzustellen und Zugang zu Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt
211 tatsächlich zu ermöglichen. Es braucht zudem in Absprache zwischen Bund und Ländern einen
212 klaren finanziellen Rahmen, der die besondere Situation Berlins anerkennt und dieser gerecht
213 wird. Die Bundesregierung steht in der Pflicht, dem Land Berlin die notwendigen Finanzmittel
214 und strukturellen und personellen Unterstützungsangebote zügig bereit zu stellen.

215 Das Berliner Stadtgesellschaft hat in den vergangenen Wochen enormes geleistet. Die gezeigte
216 Solidarität und das gelebte Engagement boten vielen Menschen in einer für sie verzweifelten
217 Lage Hoffnung. Nicht nur zu Beginn der Krise waren der Berliner Senat und die Verwaltung auf
218 die Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen, bis heute ist die ehrenamtliche
219 Helfer*innenstruktur unverzichtbar und garantiert, dass Berlin der Aufgabe weiter gewachsen
220 bleibt. Es gilt nun diese Lage Schritt für Schritt in geordnete Bahnen zu lenken und
221 dauerhaft funktionierende Strukturen für Ankunft, Unterbringung und soziale und
222 gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen. Dafür braucht es in einem ersten Schritt eine
223 vereinfachte und direkte Gewährung von Personal- und Sachmitteln für die
224 zivilgesellschaftlichen Träger durch die Zuwendungsstellen zum Aufbau professioneller
225 Hilfestrukturen neben dem ehrenamtlichen Engagement. In einem zweiten Schritt wird
226 mittelfristig ein neuer „Masterplan“ benötigt, der die Teilhabe und Inklusion aller

227 geflüchteter Menschen aus der Ukraine auf Landes- und Bezirksebene sowie in allen
228 gesellschaftlichen Bereichen aktiv befördert.

229 Der Berliner Senat hat in den letzten Wochen schnell und geschlossen agiert, um die
230 Geflüchteten angemessen unterzubringen und zu versorgen. Aber wir müssen damit rechnen, dass
231 in den nächsten Wochen die Zahl der Menschen, die zu uns flüchten, noch weiter ansteigen
232 wird. Deshalb sind eine funktionierende Struktur und ausreichende Kapazitäten in den
233 Ankunftscentren sicherzustellen. Vulnerablen Gruppen müssen überdies sichere Unterkünfte
234 unterbreitet werden, die ihren Sicherheitsbedarfen Rechnung tragen. Wir fordern daher den
235 Senat auf, die zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Einrichtung von eigenen
236 Unterkünften für LSBTIQ*- und BiPoC-Geflüchtete als ‚Safer Spaces‘ zu unterstützen. Zudem
237 müssen in allen Einrichtungen Betreiber*innenschutzkonzepte für vulnerable Gruppen zur
238 Prävention und zum Schutz vor Sexismus, sexualisierter Gewalt, Rassismus oder
239 Queerfeindlichkeit implementiert werden.

240 Der 2018 beschlossene Bau von modularen Unterkünften für Geflüchtete muss zudem zügig zum
241 Abschluss gebracht werden, damit pro Bezirk die vereinbarten 1.000 Plätze errichtet werden.
242 Damit Geflüchtete zügig von Unterkünften in Wohnungen ziehen können, insbesondere auch jene,
243 die bereits seit vielen Jahren in Unterkünften leben, braucht es weitere Vereinbarungen über
244 Kontingente mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und mit privaten
245 Wohnungsunternehmen und auch weiteren Wohnraum. Die Schaffung ausreichender
246 Unterbringungskapazitäten ist nur möglich, wenn alle Beteiligten in der Stadt ihren Beitrag
247 leisten.

248 Überdies braucht es qualifizierte und passgenaue Angebote, die den verschiedenen Bedarfen
249 der Geflüchteten gerecht werden. Etwa kostenlose Beratung zu Fragen des Aufenthalts und
250 Asyls, des Studiums und der Erwerbstätigkeit sowie der sozialrechtlichen Unterstützung für
251 Drittstaatler*innen. Ebenso muss das Land Berlin auf die besonderen gesundheitlichen,
252 psychosozialen oder Inklusionsbedarfe von allen Menschen aus der Ukraine adäquat reagieren –
253 insbesondere bei der Unterstützung von trans-Geflüchteten, sowie Geflüchteten mit HIV oder
254 anderen Infektionserkrankungen und von Geflüchteten mit Behinderungen.

255 Besonders viele der Geflüchteten sind Frauen. Sie kommen allein, mit Kindern oder mit
256 Großeltern. Sie bangen um ihre männlichen Verwandten und Freund*innen in der Ukraine und
257 tragen zeitgleich Verantwortung für ihre Angehörigen, die sie mitbringen. Sie gehören zu den
258 vulnerablen Gruppen. Schutz vor Gewalt und Ausbeutung gilt auch für sie. Bündnis 90/Die
259 Grünen Berlin unterstützt Aufklärungskampagnen zu Menschenhandel und Informationen zu
260 Gewalt. Die Teilnahme an einem Integrationskurs soll allen geflüchteten Menschen aus der
261 Ukraine zügig ermöglicht werden. Mütter können diese Angebote nur annehmen, wenn sie eine
262 Kinderbetreuung haben. Wir setzen uns deshalb für die schnelle Eingliederung der Kinder in
263 Kindertageseinrichtungen und Schulen ein. Die Bedürfnisse von besonders vulnerablen Gruppen,
264 insbesondere unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, sind von Minute eins an zu
265 berücksichtigen.

266 Eines ist klar: Die Aufnahme flüchtender Menschen aus der Ukraine darf nicht zulasten
267 anderer geflüchteter Menschen gehen, die bereits länger bei uns leben. Wir dürfen und werden
268 auch diejenigen Schutzsuchenden nicht vergessen, die noch immer an der polnisch-
269 belarussischen Grenze, in Afghanistan oder auf Lesbos ausharren müssen. Auch für sie muss es
270 sichere Fluchtwege und eine Chance auf Leben geben. Berlin als „Sicherer Hafen“ heißt alle
271 Schutzsuchenden willkommen.

Begründung der Dringlichkeit

Die Antragsfrist konnte nicht eingehalten werden, da das Ausmaß und die Folgen des russischen Angriffskriegs zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar waren.